



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
Az.: 1-002-13/alt

Alzey, den 19.03.2013

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **19**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich

Sitzungsdatum: **05.02.2013**

Uhrzeit: **15.00 – 18.20 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender Landrat Ernst Walter Görisch

Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Nicht anwesend
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-3 (v.B./17.40 h)	
Mehring, Klaus, Osthofen	1-7	
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-7	

Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Nicht anwesend
SPD-Fraktion		
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-7 (ab 15.35 h)	
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-7	
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-7	
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-2 (bis 16.15 h)	
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen	1-2 (bis 17.15 h)	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-7	
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt	1-7	
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-7	
Müller, Bernd, Osthofen	1-3 (v.B./17.40 h)	
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-7	
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-7	
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-7	
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey		X
Steinmann, Werner, Alzey	1-7	
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-7	
Willius, Klaus, Eich	1-7	
CDU-Fraktion		
Blüm, Gerhard, Gundheim		X
Burkhard, Christoph, Alzey	1-7	
Conrad, Markus, Armsheim	1-5 (n.B./18.15 h)	
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-3 (bis 17.55 h)	
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-7	
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-7	
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch		X
Müller, Christine, Eich		X
Müller, Lucia, Wöllstein		X
Pauser-Brand, Eva, Flonheim	1-3 (ab 15.10 – v.B./17.35 h)	
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-7	
Spies, Karl, Saulheim	1-2 (bis 17.30 h)	
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-7	
Wagner, Walter, Westhofen	1-3 (bis 17.55 h)	

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Nicht anwesend
FDP-Fraktion		
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim		X
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-7	
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-3 (bis 17.55 h)	
Merkel, Klaus, Alsheim	1-7	
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Becker, Klaus, Bornheim	1-7	
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-7	
Thörle, Birgit, Saulheim		X
FWG-Fraktion		
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-7	
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch	1-7	
Geißel, Werner, Alzey		X
Hinkel, Manfred, Alzey	1-7	
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-7	
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-7	
Die Linke		
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-7	
Schappert, Michael, Alzey	1-7	
Parteilos		
Acker, Klaus, Bechtheim	1-3 (bis 17.55 h)	

v. B.= vor Beschlussfassung

n. B.= nach Beschlussfassung

Kreisverwaltung				
KVDin Emrich	KOVR Herz	ARin A. Maurer	VA Nuß	VA Sussmann
BauDir. Dr. Schmitt	KVRin Bieser	AR S. Maurer	VA Fleischer	
KOVR Kauff	KVR Rauschkolb	KOI Rudel	VA Stier	

Gäste
Maria Orgel, Elisabeth Gransche, Frau Pleic, Frau Dittmann, Frau Höhr und Achim Rathgeber
Beirat für Migration und Integration: Marina Hottenbach, Olga Gerhard, Walter Robl und Jochen Piehl

Schriftführerin
VA Altendorf

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 15.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung und Tagesordnung vom 24.01.2013, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 31.01.2013 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
-	Einwohnerfragestunde	
1	Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenförderplan	
2	Erstellung eines Integrationskonzeptes für den Landkreis Alzey-Worms -Anhörung	12/2013
3	Gender Budgeting – geschlechtsneutrale Haushaltsführung Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	11/2013
4	Klimaschutzkonzeption Rheinhessen-Nahe Beschluss des Klimaschutzkonzeptes und zur befristeten Anstellung eines Klimaschutzmanagers	5/2013/1
5	Rheinhessenwein e. V. -Vorschlag zur Wahl eines Vertreters des Landkreises im Gesamtvorstand	9/2013
6	Beirat der Flugplatz GmbH Worms -Benennung eines Mitglieds	10/2013
7	Mitteilungen und Anfragen	

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Tagesordnungspunkt: 1

Drucksachennummer:

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenförderplan

Vorlagentext:

*Anlagen 1 und 2 der Originalniederschrift:
Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten und
Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Alzey-Worms*

Landrat Görisch begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Nuß, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Alzey-Worms. Er dankte Frau Nuß und Frau Marter sowie allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Er wies darauf hin, dass die Gleichstellungsstelle im vergangenen Jahr ihr 25jähriges Bestehen

gefeiert habe. Die Gleichstellungsstelle des Landkreises Alzey-Worms habe zwischenzeitlich ein tolles Netzwerk aufgebaut, dessen Arbeit hohe Anerkennung verdiene.

Frau Nuß informierte die Kreistagsmitglieder, dass nunmehr der 12. Erfahrungsbericht der Gleichstellungsstelle und die 6. Fortschreibung des Frauenförderplanes für den Landkreis Alzey-Worms vorliege. Wenn gleich es Erfolge zu verbuchen gebe, sei der Prozess - anders als vor 25 Jahren gedacht - langwierig und zäh.

Zum Frauenförderplan merkte sie an, dass bei hausinternen Besetzungen/Beförderungen in Führungspositionen die Erhöhung des Frauenanteils nur in sehr kleinen Schritten voran ginge. Bei einer Abflachung der Hierarchie und Verwaltungsverschlinkung sei es zudem schwieriger, da Leitungspositionen wegfallen würden. Die Erwartung, dass im Laufe der Zeit weiblicher Nachwuchs Führungsaufgaben übernehmen könne, habe sich nicht erfüllt. Sie nannte wichtige Impulse für eine gezielte Nachwuchsförderung bei Führungspositionen, wie beispielsweise Nachwuchskräftebildungen, Führung in Teilzeit oder das Mentoringprojekt.

Sodann lobte sie die reibungslose Einbindung der Gleichstellungsstelle bei Personalentscheidungen und in die Arbeit der Bewertungs- und Entgeltkommission. Die über 25jährige Zusammenarbeit mit dem Personalreferat, dem Personalrat, der Büroleitung und der Behördenleitung bewertete sie mehr als positiv. Im Landesvergleich sei dies nicht selbstverständlich.

Die vielfältigen Aufgaben der Gleichstellungsstelle seien dem Erfahrungsbericht auf S. 14 unter „Themen von A-Z“ zu entnehmen. Die Arbeit des „Runden Tisches“ des Frauenzentrums Alzey und der Interventionsstelle IST zum Thema „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ könne aus dem Bericht S. 19 ff. nachvollzogen werden. Eine große Herausforderung für alle in der Beratung Tätigen seien in diesem Zusammenhang Familien mit Migrationshintergrund.

Ein weiteres Thema, das in letzter Zeit zunehmend an Bedeutung gewinne, sei die Betreuung und Pflege alter Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gäbe es großen Informations- und Fortbildungsbedarf.

Im Anschluss informierte **Frau Nuß** über ständige Projekte, wie beispielsweise das Projekt „Mädchen und Berufswahl“ (S. 35 ff.), die Veranstaltungsreihe „Frauen in Aktion“ (S. 34) und die Fortbildungsreihe „Kommunalpolitik ist Frauensache“ (S. 40 ff.).

Sie resümierte, dass in den letzten 25 Jahren große Fortschritte bei der Gleichstellungsarbeit erzielt worden seien. Die Welt der Frauen habe sich radikal verändert. Die junge Generation von Frauen empfinde meist keine Benachteiligung mehr gegenüber Männern. Frauen seien so gut ausgebildet wie nie zuvor, es gebe mehr weibliche als männliche Abiturienten und dennoch habe der Professorinnenanteil im Jahr 2012 bei nur 17,2 % gelegen.

Ein Knick in der Berufs-Biografie trete ein, wenn Frauen Mütter werden wollten. Im Bereich der Kinderbetreuung sei in den vergangenen Jahren enorm viel bewegt worden. Aber es reiche immer noch nicht aus, Familie und Beruf problemlos zu vereinbaren.

Man habe noch eine Menge Arbeit vor sich, damit „eine Gleichberechtigung realisiert werden kann, die auf Gleichwertigkeit und Andersartigkeit aufbaut“ (Elisabeth Selbert). Dabei sei es unerlässlich, dass sich auch Männer auf den Weg machten, ihre Rolle neu definieren, Abschied von Klischees nehmen und beide Seiten in einen konstruktiven Geschlechterdialog treten würden.

Landrat Görisch bedankte sich für den aussagekräftigen Bericht. Es sei deutlich geworden, dass einerseits noch viel zu tun sei, aber andererseits die Aufgabe engagiert in den nächsten Jahren angegangen werde. Er sicherte die Unterstützung durch die Verwaltung und der Gremien des Landkreises zu.

Kreistagsmitglied Dexheimer beglückwünschte Frau Nuß und Frau Marter im Namen der SPD-Kreistagsfraktion zum 25jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle und bedankte sich für die geleistete Arbeit. Sie sei stolz darauf, dass diese Stelle im Jahr 1987 auf Antrag der damaligen SPD-Kreistagsfraktion parteiübergreifend beschlossen und installiert worden sei.

In den letzten 25 Jahren sei vieles erreicht worden, aber weniger als man sich erhofft habe. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sei nicht in allen gesellschaftspolitischen Ebenen vorhanden. Das Frauenbüro habe in dieser Zeit in hohem Maße dazu beigetragen, entsprechende Signale zu setzen und sich vielfältiger Probleme von Frauen angenommen, wie z. B. der beruflichen Integration und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für ratsuchende Frauen sei die Einrichtung eine große Hilfe und auch Unterstützung.

Eine positive Entwicklung habe man auch in der Bildungspolitik des Landkreises zu verzeichnen. Die im Bericht aufgeführten Kinderbetreuungszahlen seien beeindruckend, wenn man von 1987 bis heute die Ganztagsplätze in Kindertagesstätten vergleiche, welche berufstätigen Frauen zugute kämen. Auch die Einführung der Ganztagschule und die Hortbetreuung seien hierbei zu erwähnen. Verschiedene Veranstaltungen, wie beispielsweise Frauen in Aktion, seien vom Frauenbüro initiiert worden. Viele dieser Veranstaltungen seien mittlerweile etabliert und fester Bestandteil im Jahresablauf.

Kreistagsmitglied Dexheimer lobte die hervorragende Arbeit des „Runden Tisches“ und das Mentoringprojekt.

Sie bedauerte, dass es bisher nicht gelungen sei, im Landkreis ein Frauenhaus einzurichten. Der Kreistag müsse dieses Ziel nochmals in die Beratungen mit aufnehmen, um für Frauen in Notsituationen bessere Bedingungen zu schaffen.

Die 6. Fortschreibung des Frauenförderplanes zeige, dass sich der Frauenanteil auch in oberen Besoldungs- und Entgeltgruppen erhöht habe. Es sei aber offensichtlich, dass mit steigender Führungsebene die Unterrepräsentanz von Frauen zunehme. Eine langfristige Veränderung hänge von der Entwicklung ab, ob und wie familiäres und berufliches Interesse von Frauen und Männern am jeweiligen Arbeitsplatz miteinander vereinbart werden könne. Hier spiele auch die Tolerierung von Teilzeitmodellen in Führungspositionen eine wichtige Rolle.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher bedankte sich im Namen der CDU-Kreistagsfraktion bei Frau Nuß und Frau Marter für ihre langjährige mit hohem persönlichem Engagement verbundene Arbeit zur Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes im Landkreis Alzey-Worms.

Wenn man sich die tatsächlichen Zahlen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung ansehe, sei die Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen immer noch hoch aktuell.

Der Frauenförderplan enthalte im Prinzip die gleichen Forderungen zur Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen wie die Jahre zuvor. Die Bewerber- und Einstellungsstatistik des Kreises zeige, dass nur bei niedriger bewerteten Stellen eine Erhöhung des Frauenanteils festzustellen sei. Das gleiche Bild zeige sich bei der Besetzung des Kreistages und der im Landkreis befindlichen Räte der Städte und Verbandsgemeinden. In keinem Fall werde eine Frauenquote von 25 % erreicht.

Seiner Auffassung nach sei eine Frauenquote auf allen Ebenen der Wirtschaft und Gesellschaft nicht zielführend. Es sei wichtiger durch entsprechende Fördermaßnahmen und gesetzliche Rahmenbedingungen Nachteile von Mädchen und Frauen zu beseitigen und entsprechende Netzwerke zu schaffen. Das Mentoringprojekt sei hier ein gutes Beispiel.

Kreistagsmitglied Klenk-Kaufmann nahm im Namen der FWG-Kreistagsfraktion den Erfahrungsbericht mit großem Interesse zur Kenntnis. Aus Anlass des 25jährigen Bestehens der Gleichstellungsstelle

sei im letzten Jahr ein Gesprächsabend zum Thema „Kerle in der Krise“ veranstaltet worden. Das Gespräch mit dem Männerexperten, Thomas Gesterkamp, sei spannend, amüsant, aber auch absolut realistisch gewesen. Die Gleichstellung müsse das Anliegen aller Frauen und Männer sein. Eine Gesellschaft könne sich nur fortschrittlich nennen, wenn sie sich dem Geschlechterdialog stelle.

Sie betonte, dass das Frauenbüro seit 1989 bei gleichbleibendem Haushaltsansatz ein hervorragendes Netzwerk geschaffen habe, das sehr viele Frauen integriere. Hierzu seien beispielsweise die Orientierungsseminare für Familienfrauen, Frauen in Aktion oder die Hilfe bei Migration zu nennen.

Bemerkenswert sei, dass es der Kreisverwaltung selbst nach 15 Jahren Frauenförderplan nicht gelungen sei, den Frauenanteil auf 50 % auf allen Ebenen zu erhöhen.

Der gigantische Anstieg von Frauen in Minijobs stimme nachdenklich. Von 7,5 Mio. Minijobbern seien 2/3 Frauen. Ebenso gerieten meist Mütter über 50 J. nach Trennungen oder Scheidungen in die Altersarmut. Hier gebe es noch viel zu tun.

Kreistagsmitglied Klenk-Kaufmann bedankte sich im Namen der FWG-Kreistagsfraktion recht herzlich bei Frau Nuß, Frau Marter und allen Mitstreiter/innen und wünschte dem Team weiterhin Hartnäckigkeit in ihrem Handeln.

Kreistagsmitglied Merkel sprach im Namen der FDP-Kreistagsfraktion ebenfalls Frau Nuß und Frau Marter seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Gleichstellung bedeute nicht „Gleichmacherei“. In diesem Sinne führe das Frauenbüro sachlich, beharrlich und zielgerecht seine Tätigkeit aus. Im „Jahrhundert der Frauen“ wünsche man sich, dass dies in allen Bereichen des Lebens, in Familie, Beruf und Politik zum Ausdruck komme.

Im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankte sich **Kreistagsmitglied Kolb-Noack** bei Frau Nuß für die geleistete Arbeit und wünschte weiterhin viel Erfolg.

Sie zitierte Heiner Geißler, der im Hinblick auf die Entrechtung und Diskriminierung von Frauen in Deutschland immer noch Defizite sehe, die abgebaut werden müssten. Dazu nannte sie u. a. die oft falsche Berufswahl bei Mädchen oder die ungleichen Löhne. Zu allen Themen seien im Erfahrungsbericht Beiträge enthalten.

Von der wirklichen Gleichberechtigung sei man noch weit entfernt. Sie kritisierte, dass viele gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf einer emotionalen Ebene ablaufen würden. Ihrer Ansicht nach könne es eine wirkliche Gleichstellung mit überzeugenden Rollendiskussionen nur auf einer sachlichen Ebene geben. Ihre Fraktion fordere, von emotionalen Auseinandersetzungen Abstand zu nehmen und Fakten und Zahlen der Gleichstellung zugrunde zu legen.

Kreistagsmitglied Schappert bedankte sich bei Frau Nuß im Namen der Kreistagsfraktion DIE LINKE für die geleistete Arbeit. Der Bericht sei transparent dargestellt. Er appellierte, Frau Nuß in ihrer Arbeit tatkräftig zu unterstützen.

Kreistagsmitglied Acker bemängelte die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Es sei festzustellen, dass der Gesetzeswille und die Realität nicht übereinstimmten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein Spagat und der Karriere meist nicht dienlich.

Im Bericht sei treffend beschrieben, dass die Teilzeitbeschäftigung eine überwiegende Domäne der Frauen sei. Seiner Ansicht nach sei dies die Ursache für die überwiegende Besetzung von Führungspositionen mit Männern.

Landrat Görisch machte nochmals deutlich, dass die personellen und organisatorischen Entscheidungen innerhalb der Verwaltung immer sehr intensiv mit allen Beteiligten gemäß den gesetzlichen Vorgaben erörtert würden. Er sei zuversichtlich, perspektivisch eine Verbesserung bei den leitenden Stellen zu erreichen. Aber es gebe Umstände und Rahmenbedingungen, die zu beachten seien.

Vertreter/innen der Fraktionen übergaben abschließend ein Präsent an Frau Nuß.

Tagesordnungspunkt: 2

Drucksachenummer: 12/2013

Erstellung eines Integrationskonzeptes für den Landkreis Alzey-Worms
-Anhörung

Mitteilung:

Im Dezember 1955 wurde die erste Anwerbevereinbarung für Arbeitskräfte zwischen der Regierung Italiens und der Bundesrepublik Deutschland getroffen. Ein Jahr später konnten die ersten italienischen Arbeitskräfte offiziell nach Deutschland kommen.

Obwohl die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nur für kurze Zeit bleiben sollten und wollten, wurden sie Anfang der 60er Jahre zu dringend benötigten Arbeitskräften. Immer mehr holten ihre Familie nach, bzw. gründeten eine eigene, daran konnte auch der Anwerbestopp 1973 nichts ändern.

In der Folgezeit kamen Menschen aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland. Die einen waren wirtschaftlich motiviert, die anderen kamen in das Land ihrer Vorfahren.

Deutschland wurde faktisch zu einem Einwanderungsland. Um zukunftsfähig zu bleiben bedurfte es zusätzlicher Regelungen die das Zusammenleben der Menschen und deren Chancengleichheit gewährleisten konnten.

Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes Anfang 2005 wurde das alte Ausländerrecht abgelöst und zum ersten Mal das Thema Integration angesprochen. Inhalt war unter anderem die Einführung verbindlicher Integrationskurse oder die Initiierung integrationsfördernder Maßnahmen.

Im Jahre 2007 veröffentlichte das Land Rheinland-Pfalz ein Integrationskonzept und die Bundesregierung einen „Nationalen Integrationsplan“, in dem Integration zur Querschnittsaufgabe erklärt wurde und alle gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte aufgefordert wurden, den Integrationsprozess auf allen Ebenen mit zu tragen und zu unterstützen.

Angesichts der Tatsache, dass an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bereits heute rund 9 % und in den Kindertagesstätten rund 25 % (2004 noch 17,9 %) beträgt, werden Probleme und Chancen in diesem Zusammenhang in Zukunft die Politik, die Arbeit der Gremien und die Arbeit der Kreisverwaltung Alzey-Worms stark beeinflussen.

In naher Zukunft wird jeder dritte Schulabgänger einen Migrationshintergrund haben. Heute gilt dies bereits für jede/n vierte/n Jugendliche/n.

Mit dem wachsenden Anteil von älteren Menschen mit Migrationshintergrund steigt auch die Notwendigkeit, deren spezifische Bedarfe stärker zu berücksichtigen. Vor allem im Bereich der an den Migrationshintergrund angepassten Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.

Die Situation der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund wird demnach künftig noch stärker in den Blickpunkt der Kreispolitik rücken.

Ziel:

Daraus und unter Berücksichtigung des Vorgenannten, ergibt sich die Notwendigkeit, für den Landkreis Alzey-Worms ein Integrationskonzept zu erarbeiten, das Defizite aufdeckt, Chancen aufzeigt und den Gedanken der Querschnittsaufgabe aufgreift und zukunftsfähig verankert. Ein Konzept, dass die integrationspolitische Arbeit, unter Berücksichtigung der Veränderungen der letzten Jahre, an den künftigen Erfordernissen ausrichtet.

Alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche, Fachleute und sachkundige Bürgerinnen und

Bürger mit und ohne Migrationshintergrund sollen an der Erarbeitung beteiligt werden. Die gemeinsame Diskussion soll eine größtmögliche Übereinstimmung gewährleisten, ohne die eine Umsetzung des Konzeptes nicht realisierbar ist. Die Integrationsarbeit sollte dabei wirkungs- und zielorientiert sein, wobei die konkrete Arbeit in den verschiedenen Feldern der Integration im Mittelpunkt steht.

Organisation:

Das Integrationskonzept soll in Form eines Gesamtprojektes entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu ist die Schaffung einer Stelle innerhalb der Verwaltung notwendig, die entsprechende Maßnahmen koordiniert, Netzwerke knüpft, hierbei insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten und Verbandsgemeinden intensiviert und den gesamten Prozess steuert und überwacht.

Kosten / finanzielle Auswirkungen:

Die entstehenden Kosten sind maßgeblich von der konkreten Umsetzung der Maßnahmen abhängig und deshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bezifferbar.

Die Kosten für die Fachberatung von Gebietskörperschaften zur Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte werden hingegen von Seiten des Landes übernommen.

Der Beirat für Migration und Integration plädiert aufgrund der Bedeutung einer guten Integrationsarbeit ebenfalls für die Erstellung eines Integrationskonzeptes für den Landkreis Alzey-Worms.

In der heutigen Anhörung, zu der

- Frau Maria Ogel, Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz und
- Frau Elisabeth Gransche, Migrations- und Integrationsbeauftragte der Stadt Worms

eingeladen wurden, soll die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes und dessen professionelle Aufstellung durch eine befristete Einstellung erörtert werden.

Zu diesem TOP waren auch die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration eingeladen.

Landrat Görisch begrüßte Frau Elisabeth Gransche, Integrationsbeauftragte der Stadt Worms und Frau Maria Ogel von der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz. Der Landrat führte eingangs aus, dass man seit 1955 eine konstante Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften in die Bundesrepublik Deutschland habe. Aktuell verzeichne man aufgrund von Fachkräftemangel eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften. Insgesamt habe die Politik das Thema nicht so aufgegriffen, dass Voraussetzungen zur Integration geschaffen worden seien. Die Problematik sei jetzt erkannt und man bemühe sich, die Dinge auf allen Ebenen in die richtige Richtung zu lenken. Es sei für die Gesellschaft und die betroffenen Personen eine große Herausforderung und Chance, wenn Integration tatsächlich stattfinde. Obgleich der Landkreis Alzey-Worms nicht zu den Kreisen mit hohem Ausländeranteil gehöre, liege derzeit der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertagestätten bei 25 %.

Es stelle sich nun die Frage, welchen Beitrag der Landkreis zur Erleichterung der Integration leisten könne.

Frau Ogel erklärte eingangs den Begriff Integrationskonzept. Ein Integrationskonzept fasse die Vorstellungen von Einwohnern einer Kommune über nicht diskriminierendes bzw. friedliches Zusammenleben zusammen. Sie informierte über Ziel und Zweck eines kommunalen Integrationskonzeptes anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Anlage 3 der Originalniederschrift

Präsentation: Ziel und Zweck eines kommunalen Integrationskonzeptes

Landrat Görisch ergänzte, dass Herr Gülchre, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration des Landkreises Alzey-Worms, wie soeben auch von Frau Ogel ausgeführt, mitgeteilt habe, der Beirat sei

nicht in der Lage, selbst ein Konzept zu entwickeln. Deshalb sei die Verwaltung, wie Frau Ogel, zu dem Ergebnis gekommen, dass zur Erstellung eines Konzeptes eine Koordinierungsstelle benötigt werde.

Sodann hielt **Frau Elisabeth Gransche** einen Vortrag über ihre praktischen Erfahrungen als Integrationsbeauftragte der Stadt Worms und gab Informationen über die Konzeptentwicklung in Worms. Sie betonte, dass ein solches Konzept aufgrund unterschiedlichster Interessenlagen nicht basisdemokratisch erstellt werden könne. Vielmehr müsse ein solches Konzept gemäß den kommunalen Interessen erstellt und erst danach zur Diskussion gestellt werden.

Anlage 4a-4c der Originalniederschrift

Integrationskonzept - Allgemeines

Informationen über die Konzeptentwicklung in Worms

Sinn und Zweck strategischer kommunaler Integrationskonzepte

Kreistagsmitglied Schnabel betonte die Wichtigkeit der Integrationsarbeit. Auf seine Frage antwortete Frau Gransche, dass die Stelle in Worms mit 2 Halbtagskräften besetzt sei.

Bis zur Verabschiedung des Konzepts habe man ca. ein Jahr benötigt. Das Konzept bestehe aus dem Leitbild der Stadt und einigen Schwerpunkten. Mittlerweile hätten die Vertreter der Kommunen unter dem Dach der Spitzenverbände eine Landesarbeitsgemeinschaft gegründet.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Burkhard** erklärte Frau Gransche, dass es für ihre Stelle kein Qualifikationsprofil gebe. Sie selbst sei Sozialwissenschaftlerin, ihre Kollegin Juristin. Ein Migrationshintergrund sei nicht erforderlich. Wichtiger sei es, sich den Interessen der Migranten anzunehmen und ein Miteinander zu gewährleisten. Die Migranten müssten zu ihren Rechten kommen. Gleichzeitig dürfe man die Kommunen nicht überstrapazieren. Ebenso zähle zu ihren Aufgaben, sich über die Landesarbeitsgemeinschaft Gehör auf Landesebene zu verschaffen.

Kreistagsmitglieder Kiefer und Dr. Tauscher stellten ebenfalls die Wichtigkeit der Integrationsarbeit dar. Sie baten um Mitteilung, wie die Aufgabe bei anderen Kommunen personell dargestellt sei.

Landrat Görisch vertrat die Auffassung, dass die Erstellung eines Konzeptes ohne eine Personalmehrung nicht möglich sei. Die/Der Stelleninhaber müsse in der Lage sein, ein solches Konzept zu erarbeiten. Über die Frage müsse, wenn Klarheit über die Notwendigkeit eines Konzeptes bestehe, selbstverständlich noch beraten werden.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Dr. Maak** betonte Landrat Görisch, dass man selbstverständlich zwingend mit den Gemeinden im Landkreis zusammen arbeiten müsse.

Weitere Fragen konnten von **Landrat Görisch** und den Damen **Gransche und Ogel** beantwortet werden.

Landrat Görisch hielt fest, dass man die Beratungen in den Fraktionen fortsetze und danach in den Gremien nach Anhörung des Beirates für Migration und Integration diskutiere.

Tagesordnungspunkt: 3

Drucksachenummer: 11/2013

Gender Budgeting – geschlechtsneutrale Haushaltsführung
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vorlagetext:

Die Kreistagsfraktion B 90 / DIE GRÜNEN hat mit Datum vom 05.12.2012 den beiliegenden Antrag eingereicht.

In der den Antrag begleitenden Email wird ausgeführt, dass frauenpolitisch bereits die Umsetzung in einem kleinen Bereich ein großer Erfolg wäre.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst die Aufgabenbereiche der Kreisverwaltung Alzey-Worms, welche besonders von Fragen der Gleichstellung betroffen sein dürften, zu untersuchen.

Anlage 5 der Niederschrift

Antrag der Kreistagsfraktion B 90/DIE GRÜNEN

Kreistagsmitglied Kolb-Noack führte aus, dass Gender Budgeting nicht Quotenregelung bedeute, vielmehr sollten Männer und Frauen im gleichen Maße von den Ressourcen in unserer Gesellschaft profitieren. Im Rahmen der Haushaltserstellung könnten aufgrund des Ist-Zustandes Schief lagen erkannt werden. Bei einer Schief lage sei der nächste Schritt, den Soll-Zustand zu erörtern, sich also die Frage zu stellen, ob eine Veränderung wünschenswert sei. Es sei nicht das Ziel, alle Bereiche je zur Hälfte aufzuteilen. Alle Diskussionen seien ergebnisoffen.

Sie veranschaulichte dies an dem Beispiel der Kreismusikschule. Die Teilnehmerzahl der Mädchen sei derzeit höher als die der Jungen. Hier könne man vielleicht zu dem Ergebnis kommen, dass das Angebot für Jungen erweitert werden müsse.

Seit 9 Jahren würde, trotz eines defizitären Haushaltes, in Berlin Gender Budgeting in wichtigen Bereichen angewandt. Gerade wenn nicht viel Geld zu verteilen sei, müsse darüber diskutiert werden, wo man Schwerpunkte setzen könne. So komme Bewegung in die Sache, die Geschlechtergerechtigkeit könne so gefördert werden.

Kreistagsmitglied Kiefer befürwortete im Namen der SPD-Kreistagsfraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die geschlechtergerechte Haushaltsführung sehe man als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft an. Mit Gender Budgeting könne zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern unmittelbar in Finanzströme eingegriffen werden.

Kreistagsmitglied Schnabel gab zu Bedenken, dass, wenn der Landkreis in großem Umfang Gender Budgeting durchführe, die Verwaltung an einer Personalerhöhung nicht vorbei komme. Die Verwaltung solle, seiner Ansicht nach, die Notwendigkeit der Durchführung in diesem Ausmaß noch einmal überprüfen. Er schlug vor, ein Projekt, z. B. aus dem Investitionsbereich, darzustellen, um daran Erfahrungen zu sammeln. Angesichts des Nutzens sei Gender Budgeting für den Landkreis Alzey-Worms zu kostenintensiv. Er plädierte überdies für eine Abstimmung auf Ebene des Landkreistages.

Kreistagsmitglied Kiefer setzte entgegen, dass es für die Verwaltung durchaus möglich sei, die Einnahmen und Ausgaben von Einzelhaushalten nach Geschlecht differenziert aufzulisten. Die systematische Einbindung in Verwaltungsabläufe sei aus seiner Sicht kein großer Aufwand.

Kreistagsmitglied Schwelm wandte ein, dass die FWG-Kreistagsfraktion nicht sicher sei, ob und wie weit im Kreishaushalt nennenswerte Spielräume für Gender Budgeting bestehen. Grundsätzlich sei man jedoch von der Notwendigkeit des Gender Budgeting auf Bundes- und Landesebene überzeugt. Die Fraktion rege an, dass zuvor ein grober Überblick über die Möglichkeiten von Gender Budgeting auf Kreisebene vorgestellt werde. Danach könne über die weiteren Schritte entschieden werden.

Kreistagsmitglied Merkel lehnte im Namen der FDP-Kreistagsfraktion den Antrag in dieser Form ab. Im Antrag werde unterstellt, dass der Haushalt des Landkreises Alzey-Worms nicht geschlechtsneutral sei. Dies sei in keiner Weise bewiesen. Auch der Verweis auf den Amsterdamer Vertrag sei eine Fehlinterpretation.

tation. Darin werde lediglich auf die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen hingewiesen. Er schlug vor, bei künftigen Haushaltssitzungen die Gleichstellungsbeauftragte hinzu zu ziehen.

Nach einer regen Diskussion machte **Landrat Görisch** den Vorschlag, dass die Verwaltung in geeigneten Abteilungen 1 oder 2 Projekte auf etwaige Verwerfungen untersuchen solle. Dazu werde kein zusätzliches Personal benötigt. Es bestehe nicht die Absicht, den gesamten Kreishaushalt zu untersuchen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, exemplarisch an zwei Projekten/Beispielen aufzuzeigen, wo Handlungsbedarf im Sinne des Antrages besteht. Hierüber soll im Kreisausschuss berichtet werden. Hierbei sollen auch Beispiele aus anderen Verwaltungen bzw. Kommunen aufgezeigt werden.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja 1 Nein

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachennummer: 5/2013/1

Klimaschutzkonzeption Rheinhessen-Nahe

Beschluss des Klimaschutzkonzepts und zur befristeten Anstellung eines Klimaschutzmanagers

Vorlagentext:

Die Ergebnisse des von den drei Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen gemeinsam in Auftrag gegebenen integrierten Klimaschutzkonzepts und des Teilkonzepts „Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale“ liegen nun vor.

Das in den Gutachten angedachte Maßnahmenpaket soll in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Über ein Controlling sollen die Maßnahmen begleitet und auch die CO₂-Einsparungen dokumentiert werden.

Nach Kritik in der Kreisausschusssitzung vom 13.11.2012 an den dargestellten Potentialen für Windkraft, Biomasse und Freiflächen-Photovoltaik wurde die Konzeption überarbeitet.

Ein alternatives Ausbauszenario berücksichtigt nun, dass in der Realität aufgrund standortbezogener Detailuntersuchungen und gesellschaftspolitischer Entscheidungen bis zum Jahr 2050 ca. 25% des theoretischen Potentials bei Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik und ca. 50% bei der Biomasse erschlossen werden können.

Ein inhaltlicher Auszug der Ergebnisse mit der Ergänzung um das alternative Ausbauszenario ist als Anlage beigelegt.

Nach der Klimaschutzinitiative des Bundes ist zur Umsetzung von Klimaschutzkonzepten die Möglichkeit gegeben, für eine Dauer von maximal drei Jahren die Sach- und Personalkosten für einen Klimaschutzmanager, der im Rahmen des Projekts zusätzlich eingestellt wird, zu fördern.

Der Bewilligungssatz beträgt derzeit 65 %. Kommunen, deren Konzept zur Haushaltssicherung von der Kommunalaufsicht bestätigt wurde, können eine Erhöhung der Förderquote um bis zu 20 % erhalten.

Die Verwaltung schlägt vor, von dieser Fördermöglichkeit Gebrauch zu machen und zur Umsetzung des Konzepts – zunächst für 3 Jahre befristet – die Stelle eines Klimaschutzmanagers zu schaffen.

Entsprechend des Vorlaufs wegen der Beantragung und der Bewilligung der Mittel wäre nicht vor Mitte 2013 mit Aufnahme der Tätigkeit des Klimaschutzmanagers zu rechnen. Geplant ist, dass jeder der drei Landkreise einen eigenen Antrag zur Förderung der Umsetzung auf der Basis des gemeinsamen Klimaschutzkonzeptes stellt.

Daher ist vorgesehen, entsprechend der in der Kurzversion aufgeführten prioritären Maßnahme 2 „Aufbau einer interkommunalen Kommunikationsstruktur“ in Verbindung mit der unter dem Arbeitstitel geführten Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Rheinhessen-Nahe, die im Antrag konkret zu benennenden Aufgaben des Klimaschutzmanagers im Sinne der interkommunalen Kooperation miteinander abzustimmen.

Anzustreben ist hierbei eine Kooperation dieser Klimaschutz- und Energieberatungsagentur mit den geplanten regionalen Energieagenturen des Landes. Auch eine enge Vernetzung mit Klimaschutzaktivitäten auf Verbandsgemeindeebene sowie Angeboten der Verbraucherzentrale ist von Bedeutung, da die Bildung von Doppelstrukturen vermieden werden soll.

Der Projektträger Jülich verlangt einen Beschluss des Kreistages über die Verabschiedung dieses gemeinsamen Klimaschutzkonzeptes. Der Beschluss ist gleichzeitig Grundlage für die Förderung eines Klimaschutzmanagers.

Es wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt das Klimaschutzkonzept der drei Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen sowie die Umsetzung des Maßnahmenkataloges bis zum Jahr 2050.

Zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges beschließt der Kreistag, für die Dauer von zunächst drei Jahren die Stelle eines Klimaschutzmanagers einzurichten, sofern diese Stelle über die Klimaschutzinitiative des Bundes gefördert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Fördermittel für die Personal- und Sachkosten dieser Stelle zu beantragen.

Landrat Görisch führte ergänzend aus, dass das Land zwischenzeitlich zum 01.07.2012 eine Energieagentur auf Landesebene geschaffen und entschieden habe, 10 regionale Energieagenturen einzurichten. Es werde diskutiert, ob eine regionale Stelle für das Gebiet der 3 Landkreise oder gar auf das Planungsgebiet Rheinhessen-Nahe ausgedehnt werden könne. Eine klare Aussage sei seitens des Landes noch nicht getroffen.

Der Landrat machte deutlich, dass die Bürgerberatung auf kommunaler Ebene zu leisten sei und das Land lediglich in Form von Informationsveranstaltungen, Workshops o. ä. koordine.

Wenn der Landkreis die Ziele des Klimaschutzkonzeptes langfristig bis zu den Jahren 2030 - 2050 umsetzen und letztendlich zu einer Null-Emissions-Region kommen wolle, dann sei die Beratung in den Verbandsgemeinden und auf Kreisebene unentbehrlich, wobei Doppelstrukturen zu vermeiden seien.

Kreistagsmitglied Kiefer merkte an, dass trotz ambitionierter Effizienzziele die regionalen Energiepotenziale nicht ausreichen würden, den Gesamtenergiebedarf aus regionalen Ressourcen zu decken. Bei konsequenter Anwendung der Zielsetzungen könne jedoch eine erhebliche Verbesserung erfolgen. Daher stimme die SPD-Kreistagsfraktion der Beschlussempfehlung zu.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher erklärte, dass die CDU-Kreistagsfraktion grundsätzlich die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes mit der Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energie-Potenziale begrüße.

Die interkommunale Zusammenarbeit sei wichtig und unabdingbar. Doppelstrukturen müsse man vermeiden. Klare Strukturen und Zuständigkeiten auf allen Ebenen seien anzustreben. Unter diesen Vorgaben sei die Stelle eines Klimaschutzmanagers auf Kreisebene zu verantworten.

Kreistagsmitglied Erbedinger stimmte im Namen der FWG-Kreistagsfraktion grundsätzlich der Beschlussempfehlung zu. Er wies auf das Ausbaupotenzial Windenergie hin, das bei voller Ausschöpfung mit einer Anlagenzahl von 624 Stück auf einer Fläche von 9.587 ha doch sehr utopisch erscheine. Es han-

dele sich hierbei um beste landwirtschaftliche und weinbauliche Böden zur Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln. Bei steigender Weltbevölkerung sei dies, seiner Ansicht nach, undenkbar.

Landrat Görisch erklärte, dass genau aus diesem Grund eine Korrektur bei den Potenzialen vorgenommen worden sei. Derzeit sehe man die Umsetzung des Planes der Planungsgemeinschaft als realistisches Ziel an.

Kreistagsmitglied Merkel hielt das Klimakonzept für richtig und wichtig. Die FDP-Kreistagsfraktion stimme der Beschlussempfehlung zu.

Kreistagsmitglied Kolb-Noack stimmte im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschluss zu. Das Klimaschutzkonzept und die Einstellung eines Klimaschutzmanagers seien ein Schritt in die richtige Richtung, wobei die interkommunale Zusammenarbeit besonders wichtig sei.

Kreistagsmitglied Schappert stimmte im Namen der Kreistagsfraktion DIE LINKE der Beschlussempfehlung zu.

Die Zusammenarbeit der 3 Landkreise beim Klimaschutzkonzept bewertete er als positiv.

Auf Nachfrage von **Kreistagsmitglied Conrad** sicherte Landrat Görisch zu, dass die ungekürzte Fassung des Konzepts den Fraktionen noch überlassen werde.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt das Klimaschutzkonzept der drei Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen sowie die Umsetzung des Maßnahmenkataloges bis zum Jahr 2050.
2. Zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges beschließt der Kreistag, für die Dauer von zunächst drei Jahren die Stelle eines Klimaschutzmanagers einzurichten, sofern diese Stelle über die Klimaschutzinitiative des Bundes gefördert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Fördermittel für die Personal- und Sachkosten dieser Stelle zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 5	Drucksachennummer: 9/2013
------------------------------	----------------------------------

Rheinhessenwein e. V.

-Vorschlag zur Wahl eines Vertreters des Landkreises im Gesamtvorstand

Vorlagentext:

Gem. § 9 der Satzung besteht der Gesamtvorstand des Rheinhessenwein e.V. aus höchstens 38 Mitgliedern, wovon der Landkreis Alzey-Worms 2 Mitglieder stellt. Der Vorstand wird auf Vorschlag der jeweiligen Gruppen von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Die nächste Wahl steht Mitte 2013 an.

Der Landrat ist Mitglied kraft Amtes, so dass noch 1 der Mitgliederversammlung vorzuschlagendes Mitglied/Stellvertreter zu wählen ist.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: - FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: - DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge der SPD-Kreistagsfraktion

<u>Mitglied</u> Herr Ralph Bothe	<u>Stellvertreter:</u> Herr Heribert Erbes
-------------------------------------	-----------------------------------------------

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag schlägt **Herrn Ralph Bothe** als Mitglied und **Herrn Heribert Erbes** als dessen Vertreter im Gesamtvorstand vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 6

Drucksachenummer: 10/2013

Beirat der Flugplatz GmbH Worms
-Benennung eines Mitglieds

Vorlagentext:

Im Rahmen der Vertragsverhandlungen anlässlich der Veräußerung der Gesellschaftsanteile des Landkreises Alzey-Worms an die Stadt Worms wurde die Bildung eines Beirates vereinbart.

Der Beirat übernimmt die Beratung der Geschäftsführung bei der strukturpolitischen Entwicklung und dem Betrieb des Verkehrsflugplatzes und ist vor der Erweiterung, Änderung oder Aufgabe von Tätigkeitsfeldern der Gesellschaft anzuhören. Der Beirat ist als Organ der Gesellschaft eingerichtet, der Landkreis Alzey-Worms soll eine/n Vertreter/in entsenden.

Die erste Amtszeit endete 2012, in 2013 steht die Benennung der Beiratsmitglieder für die nächsten 4 Jahre an. Bisher war der Landrat mit der Wahrnehmung der Interessen des Landkreises im Beirat betraut.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag benennt als Mitglied im Beirat der Flugplatz GmbH Worms **Herrn Landrat Ernst Walter Görisch**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Mitteilungen und Anfragen

Landrat Görisch informierte die Kreistagsmitglieder, dass der Haushaltplan des Landkreises Alzey-Worms für das Haushaltsjahr 2013 von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) genehmigt worden sei. Die Kredite seien in vollem Umfang und ohne Begrenzungen genehmigt worden.

Der Radweg (-Lückenschluss) bei Wörrstadt-Rommersheim sei ebenfalls genehmigungsfähig, sobald das Verfahren gem. § 18 LFAG abgeschlossen sei. Jedoch müsse auch nach Aussage der ADD bei der Ausführung des Haushaltes Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit oberste Priorität haben.

Des Weiteren habe die ADD zur Auflage gemacht, auch im nächsten Haushalt den Landesdurchschnitt bei der Höhe der Kreisumlage anzustreben.

Landrat Görisch informierte, dass die Mitglieder von „Rheinessen-Marketing“, zu denen der Landkreis gehöre, im Hinblick auf das 200jährige Jubiläum in 2016 einen Förderverein gegründet hätten. Er habe stellvertretend für den Landkreis die Mitgliedschaft im Förderverein erklärt. Es gebe keine Verpflichtung, Pflichtbeiträge an den Verein abzuführen. Der Verein versuche über die Wirtschaft Gelder zu akquirieren. Die Kreistagsmitglieder erhoben keinen Widerspruch gegen die Mitgliedschaft im Förderverein 200 Jahre Rheinessen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 18.20 Uhr.

Ernst Walter Görisch
Landrat

Annegret Altendorf
Schriftführerin



ELISABETH KOLB-NOACK BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DALBERGSTRASSE 32, D-67596 DITTELSHEIM-HESSLOCH

Herrn
Landrat Ernst Walter
Görisch
Ernst-Ludwig-Straße 36
55232 Alzey

Elisabeth Kolb-Noack
(Fraktionsvorsitzende)

Dalbergstraße 32
D-67596 Dittelsheim-Hessloch

12.12.2012

Dittelsheim-Hessloch, 5. Dezember 2012

Gender Budgeting – geschlechtsneutrale Haushaltsführung

Sehr geehrter Herr Landrat Görisch,

Gender Budgeting ist ein wirkungsvolles Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltsführung herzustellen, denn kein Haushalt ist automatisch geschlechtsneutral. Gender Budgeting fragt, wie öffentliche Ausgaben gleichstellungswirksam eingesetzt werden können.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Die Verwaltung möge prüfen, in welchen Einzelhaushalten nach Geschlechter differenziert Einnahmen und Ausgaben aufgelistet werden können und in welchen Einzelhaushalten Gender Budgeting systematisch in Verwaltungsabläufe integriert werden kann.

Begründung:

Gender Budgeting fragt nach der Verteilung von Geld und Macht, wobei Gleichstellung ein wichtiges haushaltspolitisches Ziel ist.

Die Landesregierung beschloss bereits am 27.05.2010 Gender Budgeting umzusetzen. Im Amsterdamer Vertrag von 1999 haben sich die Mitgliedstaaten auf allen Ebenen und in allen Bereichen verpflichtet, die Chancengleichheit der Geschlechter aktiv herzustellen. Da Gender-Budgetpolitik in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik ist, sollte sie in die Haushaltsroutine integriert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Kolb-Noack